



Stoiber in Kreuth (1997)

CSU

Front gegen Ausländer

Die Christsozialen im Bundestag machen mobil gegen die rot-grüne Ausländerpolitik. Auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth wollen die CSU-Abgeordneten diese Woche beschließen, den Widerstand gegen die geplante Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft „an vorderster Front“ zu organisieren. „Der Innere Frieden und die Integration in Deutschland sind ernsthaft in Gefahr, wenn SPD und Grüne auf ihren ideologischen Plänen beharren“, heißt es in einem Thesenpapier für Kreuth. Der Doppel-Paß werde „Neid und Aggressionen“ bei den Deutschen schüren und so den „Nähr-

boden für Volksverhetzung bereiten“. Die Parlamentarier unterstützen die Pläne des designierten CSU-Chefs und bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, eine bundesweite Unterschriftensammlung gegen die Regierungspläne zu organisieren. Um die Zuwanderung zu begrenzen, fordern die CSU-Abgeordneten eine jährliche Obergrenze für den Familiennachzug. Ausländische Kinder ohne hinreichende Deutschkenntnisse sollen nur noch bis zum 10. Lebensjahr ihren Eltern nach Deutschland folgen dürfen. Allen Ausländern ohne „verfestigtes Aufenthaltsrecht“ solle wie bereits Asylbewerbern nur reduzierte finanzielle Hilfe zustehen. Das Wohngeld müsse ganz gestrichen werden. Straffällige Ausländer sollen bereits bei Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von nur einem Jahr ausgewiesen werden. Bisher gilt als Mindestgrenze in der Regel eine dreijährige Haftstrafe.

BUNDESHAUSHALT

Das Erbe des Schattenmanns

Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine will die diversen Schattenhaushalte, die sein Vorgänger Theo Waigel vor allem nach der Wiedervereinigung eingerichtet hat, schleunigst wieder abschaffen. Schon für den Etat 1999, der am 20. Januar im Kabinett vorliegen soll, möchten Lafontaines Beamte jene sechs Sondertöpfe auflösen, in denen Waigel milliardenschwere Schulden versteckte. Zu diesen Sondervermögen, die vor allem Verbindlichkeiten enthalten (493,4 Milliarden Mark im September 1998), zählen unter anderem der Erblastentilgungsfonds (297,4 Milliarden) und das Bundeseisenbahnvermögen (78,3

Milliarden). Lafontaine will diese nun in den normalen Bundeshaushalt integrieren. An der tristen Finanzlage ändert sich dadurch nichts. Die Operation soll, wie es im Finanzministerium heißt,

dazu dienen, „den Wählern die wahren Schulden zu zeigen, die die Regierung Kohl hinterlassen hat“. So hätten sich die Schulden inklusive aller Nebenetats seit 1982 mehr als vervierfacht.

Zitat

»So eine Navigationshilfe ist halt kein Nachtsichtgerät, da müssen Sie immer auch aus dem Fenster gucken. Das steht schon in der Betriebsanleitung.«

BMW-Sprecher Reinhard Fretschner über einen Autofahrer, der Ende Dezember mit seinem BMW in die Havel gebrast war und als Entschuldigung angegeben hatte, sein Navigationssystem habe den Fähranleger für eine Brücke gehalten



F. BUGHE / GOT IT